

Corporation auf der chinesischen Seite und die Schindler Holding AG in der Schweiz sowie Jardine Schindler (Far East) Holdings S.A. in Hongkong auf der ausländischen Seite. Das Joint Venture betreibt zwei Aufzugfabriken in Shanghai und Beijing.

Alle am Joint Venture beteiligten Parteien haben beschlossen, in den kommenden zwei Jahren 75% ihrer Dividenden zu reinvestieren, um die Produktion auszuweiten. Die von dem Unternehmen produzierten Aufzüge sind nach Singapur, Malaysia, Thailand, in die Philippinen und nach Hongkong exportiert worden. 1985 konnte das Unternehmen 5,46 Mio. US\$ erwirtschaften; für 1986 werden Deviseneinnahmen in Höhe von 7 Mio. US\$ erwartet.

Die Volkszeitung, die diese Zahlen nannte, schreibt den Erfolg des Unternehmens den gemeinsamen Anstrengungen zu, technologische Fortschritte in Richtung verbesserter Produktqualität zu machen, die herkömmlichen Verwaltungsmethoden zu reformieren, um die Arbeitseffektivität zu verbessern, und flexible Methoden anzuwenden, um Exportkanäle zu öffnen. Gegenwärtig ist der chinesische Anteil an den Produkten des Unternehmens 70%. (RMRB, 3.8.86)

Die Bayer AG., Leverkusen, wird nach eigenen Angaben mit dem chinesischen Unternehmen Shanghai Dental Materials Factory ein unter dem Namen Bayer-Shanghai Dental Ltd. firmierendes Joint Venture mit Sitz in Shanghai gründen. Die mit einem Stammkapital von zunächst 4 Mio. DM ausgestattete und zu 55% im Bayer-Eigentum befindliche Gesellschaft auf der Basis neuester Technologie wird zunächst künstliche Zähne, später aber auch andere Dentalprodukte für den Vertrieb in China und den Export fertigen. 1987 soll die Produktion aufgenommen werden. (NFA, 15.8.86) -lou-

*** (20) Kraftwerksbau mit ausländischer Hilfe**

Nach Angaben der staatseigenen Huaneng International Power Development Corp. seien ausländische Unternehmen eingeladen worden, ihre Gebote für eines der größten Kraftwerke der Volksrepublik abzugeben. Das Kraftwerk werde zwei Generatoreinheiten von je 600.000 Megawatt haben und in Shidongkou in der Nähe von Shanghai gebaut werden. Technologie und Ausrüstungen würden importiert.

Das vom Staatsrat genehmigte Kraftwerk soll nach 1991 mehr als 7 Mrd. kWh Elektrizität pro Jahr nach Shanghai liefern. In Shanghai rechnet man für die nächsten drei

Jahre mit einem Elektrizitätsmangel in der Größenordnung von 9 Mrd. kWh.

Nach Angaben der Zeitung China Daily ist das Projekt ein Joint Venture zwischen Huaneng und Shanghai. Huaneng hatte mitgeteilt, es werde mit ausländischen Unternehmen über den Ankauf von Ausrüstung und Technologie für vier große Kraftwerke verhandeln, wovon das größte das nahe Shanghai sei. Aus Bankkreisen verlautete, daß die drei anderen, von denen jedes mit zwei 350 Megawatt-Einheiten ausgerüstet werden soll, in Chongqing (Provinz Sichuan), Yueyang (Provinz Hunan) und Dezhou (Provinz Shandong) gebaut werden sollen.

Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Japan und der Volksrepublik China haben sich an einer Ausschreibung für den Bau des zweitgrößten Wasserkraftwerks der Volksrepublik beteiligt. Das Kraftwerk, das am Fluß Minjiang in der Provinz Fujian entstehen soll, wird eine Leistung von 5 Mrd. kWh pro Jahr erbringen und soll 1993 fertiggestellt sein. Es sei dies das erste Mal, so hieß es in der Volkszeitung, daß in der Volksrepublik ein Wasserkraftwerk dieser Größenordnung international ausgeschrieben werde. Der Zuschlag werde in zwei bis drei Monaten erfolgen. (RMRB, 29.7.1986; AWSJ, 27.8.1986) -lou-

*** (21) Wiederaufnahme der Produktion bei der Beijing Jeep Corp.**

Die Beijing Jeep Corporation Ltd. (BJC), ein wichtiges chinesisch-amerikanisches Joint Venture, nahm am 22.8.1986 die Produktion wieder auf. Wegen Mangels an Devisen war die Produktion zwei Monate ausgesetzt worden (vgl. dazu C.a., April 1986, Ü22).

Wie der amerikanische Präsident des Joint Ventures mitteilte, wird das Unternehmen gegen Ende 1986 Jeeps exportieren, für 1987 sind ebenfalls bedeutende Exporte vorgesehen. Nach Plan wird das Unternehmen bis Mai 1987 2.000 Jeeps produziert haben.

Der amerikanische Präsident von BJC sprach von einer "magischen Formel" für die Lösung des Joint Venture-Problems. Neben der Unterstützung der chinesischen Regierung sei dies "Geduld, harte Arbeit und das Verständnis für die Position des anderen und dessen Schwierigkeiten".

Nationalisierung und Exporte seien die beiden wichtigsten Schritte für die künftige Produktion, so der

amerikanische Direktor. Das Ziel von BJC besteht darin, den Nationalisierungsanteil von gegenwärtig 9,2% auf ca. 80% im Jahre 1990 zu erhöhen. Der Amerikaner schätzte, daß das Unternehmen selbst 45% der Komponenten produzieren kann, der Rest könne von anderen Fabriken in Beijing und anderen chinesischen Städten später produziert werden.

BJC begann mit der Herstellung von Jeeps mittels Komponenten, die von der American Motor Corporation geliefert wurden, im September 1985. Alle 1.081 Jeeps, die während der ersten acht Monate produziert wurden, wurden schnell im Binnenland verkauft. (XNA, 18.8.1986) -lou-

*** (22) Hilfen für Joint Ventures angekündigt**

Nach einer Entscheidung der Regierung werden vom nächsten Jahr an die Investitions- und Betriebsmittelfonds für chinesisch-ausländische Joint Ventures in den nationalen Kreditplan aufgenommen. Dies wird als eine wichtige Maßnahme zur Lösung der finanziellen Probleme der Joint Ventures angesehen, so erklärte der stellvertretende Präsident der Bank of China, Yang Huiqiu, in Qinhuangdao.

Des weiteren werden flexible Maßnahmen durch die Bank of China ergriffen, um dem Mangel an Betriebsmitteln in diesen Unternehmen abzuwehren. Darunter sind die Gewährung spezieller oder zeitweiliger Kredite, Hypothekengeschäfte, Girokredite usw. Größere Unternehmen mit einer hohen Effizienzrate können mit Hilfe der Bank of China Kredite internationaler Banken beantragen.

Es werden Anstrengungen unternommen, Unternehmen mit ausländischen Investitionen zu helfen, Finanzmittel aus dem Ausland zu beziehen, während chinesische Investoren ebenso Kredite erhalten können, wenn sie in Schwierigkeiten sind. (XNA, 18.8.1986) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT
*
*

*** (23) 16 Pilotstädte für die Reform des Wirtschaftsverwaltungssystems bestimmt**

Die Zentrale Kommission für die Umstrukturierung des Wirtschafts-systems hat mit Genehmigung des Staatsrates 16 mittelgroße Städte bezeichnet, in denen ein Pilotvorhaben zur organisatorischen Reform probeweise durchgeführt werden soll. Die 16 Städte sind: Jiangmen, Dandong, Weifang, Su-

zhou, Wushi (?), Changzhou, Ma'anshan, Siamen (?), Shaoxing, Anyang, Luoyang, Huangshi, Hengyang, Zigong, Baoji und Tianshui. Bereits Mitte Mai 1986 begannen diese Städte mit Experimenten hinsichtlich der organisatorischen Reform.

Die Leitprinzipien für die organisatorische Reform in mittelgroßen Städten bestehen darin, die Funktionen und Methoden der Verwaltung bei der Regierungsorganisation zu ändern; die Beziehungen zwischen den Abteilungen zu "begradigen"; rationell die Arbeitsteilung zwischen Partei und Regierung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Trennung der Pflichten zwischen Regierung und Unternehmen zu definieren, wobei eine einfachere und dezentralisierte Verwaltung erreicht werden soll und die Unternehmen gestärkt werden sollen; und schließlich Organisationen zu errichten und klar den Bereich ihrer Macht auf der Basis der Realität und in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Vereinfachung, der Einheitlichkeit und der Effizienz zu markieren.

Ein verantwortlicher Genosse der Zentralen Kommission für die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems führte aus: Die organisatorische Reform wird nicht nur lange bestehende und verknöcherte administrative Strukturen brechen und die ursprünglichen wirtschaftlichen Beziehungen readjustieren, sondern auch einen kräftigen Schlag gegen traditionelle Vorstellungen und Gebräuche bedeuten. Ein solch drastischer Wandel wird unvermeidlich unterschiedliche Reaktionen von unterschiedlichen Kreisen hervorrufen und alle Arten von Schwierigkeiten entstehen lassen. Deswegen müssen die führenden Kader aller Ebenen ein klares Verständnis der Lage haben und sich geistig darauf vorbereiten. Weiter rief der Genosse die Parteikomitees der Städte und die Stadtregierungen der 16 Städte auf, an dem Versuchsprojekt teilzunehmen und in bewußter Weise der Versuchsarbeit Priorität zu geben. Verantwortliche Genossen werden gedrängt, persönlich dem Projekt ihre Aufmerksamkeit zu schenken, es sorgfältig zu organisieren, spezifische Anleitung zu geben und prompt Probleme, die im Laufe der Reform entstehen können, zu entdecken und zu lösen, damit die Reform in passender Weise vorangehen könne. (Xinhua, 28.8.86, zit. nach SWB, 2.9.86) -lou-

* (24)

Nicht nur Erfolge in der Privatwirtschaft

Nach Angaben der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel

arbeiten 17 Mio. Menschen in der Privatwirtschaft, 80% davon im Dienstleistungsgewerbe. Zwischen 1981 und 1985 hatten sie insgesamt 7,8 Milliarden Yuan an Steuern bezahlt und sind damit zu einem "unverzichtbaren Teil der Volkswirtschaft" geworden. Weil die arbeitenden Eigentümer direkt von ihrer Arbeit profitieren, würden die Unternehmen in der Privatwirtschaft die ersten sein, die öffnen, und die letzten, die die Geschäfte schließen. Auf diese Weise würde das Leben für die Menschen leichter gemacht werden.

In einigen Fällen hätten sich die Unternehmen in der Privatwirtschaft von kleinen Handwerksbetrieben und Geschäften zu kleinen Industriebetrieben entwickelt, darunter solchen im Bergbau, im Transportwesen, im Tourismus und im Bereich des Beratungswesens. Die Privaten begannen damit, ihren Status durch die Bildung von Kooperativen zu verbessern, die die wirtschaftliche Macht zusammenfassen. Bislang seien 3,1 Mio. Menschen in 270.000 Kooperativen beschäftigt.

Ogleich der private Sektor in Shanghai wüchse, hätte der Druck des Marktes einige erfolglose Einzelhändler in den Bereich der Dienstleistungsunternehmen gedrängt oder gar ganz aus dem Markt verdrängt. Die Privatwirtschaft in der Stadt Shanghai setzte in der ersten Hälfte des Jahres 1986 ca. 410 Mio. Yuan um, gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres war dies ein Anstieg von 53%. Im ersten Halbjahr 1986 mußten 13.000 von Shanghais insgesamt 77.000 privatwirtschaftlichen Haushalten im Einzelhandel ihr Geschäft aufgeben. Viele von ihnen hätten ihre Geschäftslizenzen verfallen lassen, weil die Konkurrenz so stark war. In dem genannten Zeitraum eröffneten mehr als 19.000 Familien - einige von ihnen früher im Einzelhandel tätig - Dienstleistungsbetriebe, wie z.B. Restaurants, kleine Hotels, Reparaturläden und Transportgeschäfte.

In Shanghai gibt es jetzt 819 private Hotels und kleine Herbergen, das sind 5,7% der Beherbergungsbetriebe der Stadt. Es gibt fünf mal so viele private Reparaturbetriebe wie staatliche oder kollektiv betriebene. Und es gibt auch 15% mehr private Restaurants in Shanghai als staatliche bzw. kollektiv betriebene. (RMRB, 23.8.1986; XNA, 19.8.1986) -lou-

* (25)

Rentabilität der staatlichen Industriebetriebe sinkt

Nach Angaben des Zentralen Statistikamtes ist die "Produktionsrentabilität" der staatlichen Indu-

striebetriebe im ersten Halbjahr 1986 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gesunken. Der Anteil der abgeführten Gewinne und der Umsatzsteuern, die von den staatlichen Industriebetrieben gezahlt werden, wird demnach 23,39 Yuan pro 100 Yuan Wertschöpfung betragen, 1,27 Yuan niedriger als in der Vergleichsperiode. Die Rate für lokale Industrien beträgt 20,82 Yuan pro 100 Yuan Wertschöpfung, 1,04 Yuan weniger als in der Vergleichsperiode. Dies zeige, daß es für Chinas Industrieunternehmen notwendig sei, ihre laufenden ökonomischen Ergebnisse zu verbessern.

Die Rate der Gewinne und der Steuerzahlungen pro 100 Yuan für die Provinzen Yunnan und Guizhou in Südwestchina - deren industrielle Grundlage relativ schwach ist - betragen 34,99 Yuan bzw. 34,55 Yuan. Dies sind die einzigen beiden Provinzen, deren Gewinn- und Steuer-Rate 30 Yuan pro 100 Yuan Wertschöpfung übersteigt. Bald danach folgen Beijing und Shanghai mit 27,9 Yuan bzw. 25,76 Yuan. Andere Provinzen, autonome Regionen bzw. regierungsunmittelbare Städte, deren Gewinn- und Steuer-Rate 20 Yuan überschreitet, sind Liaoning, Shandong, Gansu, Fujian, Innere Mongolei, Guangxi, Guangdong, Hubei, Jilin, Tianjin und Hubei.

Im Vergleich zur selben Periode des Vorjahres ist mit Ausnahme von Guizhou, Qinghai, Fujian, Gansu, Jilin, Hunan und Guangdong die Gewinn- und Steuer-Rate pro 100 Yuan in allen anderen Gebieten in unterschiedlichem Umfang gesunken. Der Rückgang überschreitet 1 Yuan für die folgenden Provinzen: Ningxia, Xinjiang, Tianjin, Gansu, Sichuan, Liaoning, Innere Mongolei, Shanghai, Anhui und Zhejiang. (Xinhua, 29.7.86, zit. nach SWB, 1.8.86) -lou-

* (26)

Erste "Finanzgruppe" in China gegründet

Am 16. August 1986 wurde in der Stadt Xi'an Chinas erste "Finanzgruppe" gegründet, die aus einer Bank und zehn wichtigen Unternehmen besteht. Die Bank ist eine Filiale der Industrie- und Handelsbank in Xi'an. Die zehn Unternehmen, die Maschinen, Instrumente und Meßgeräte, Motorfahrzeuge, Chemikalien, Pharmazeutika, Textilien und andere Produkte herstellen, haben ein kombiniertes Anlagevermögen in Höhe von 1 Mrd. Yuan und erreichen einen jährlichen Bruttoproduktionswert von 1,4 Mrd. Yuan. Die Gruppe ist gegründet worden, um sich mit Fonds für die Modernisierung der Betriebstechnologie zu versorgen, den besten Nutzen von den vorhan-

denen Fonds zu machen und Anleihen zu begeben sowie Bankdienstleistungen auszuweiten, um Entwicklungsfonds aufzubringen. Die Gruppe wird eine Belohnung aussetzen für die sparsame Verwendung von Betriebskapital. Den Gruppenmitgliedern wird Priorität beim Bezug von Überquotenprodukten, insbesondere Kapitalgütern, die von der Gruppe produziert werden, gegeben. (XNA, 17.8.86, zit. nach SWB, 19.8.86) -lou-

*(27)

Experimente mit der 40-Stunden-Woche

Nach Aussagen von Bi Dachuan, stellvertretender Präsident des Nationalen Forschungszentrums für Wissenschaft, Technologie und Entwicklung, wird die Volksrepublik ihre ersten Experimente mit einer 5-Tage-Woche während des 7. Fünfjahresplanes machen. Die 40-Stunden-Woche würde die jetzt übliche 48-Stunden-Woche in "gewissen Sektoren" ablösen. Zunächst würden Industrieunternehmen und öffentliche Dienstleistungsunternehmen mit der kürzeren Wochenarbeitszeit experimentieren. Nach Aussagen von Bi würde die 40-Stunden-Woche das Leben der Menschen verbessern, die Entwicklung der Freizeit, Bildung und des Tourismus fördern sowie zu einer besseren Harmonie in der Familie führen. (AWSJ, 14.8.86) -lou-

*(28)

60 Millionen Arme in China

Nach einem Bericht der englischsprachigen Zeitung "China Daily" hätten 60 Millionen Menschen in der Volksrepublik ein jährliches Einkommen, das niedriger als die von der Regierung festgesetzte Armutsgrenze in Höhe von 150 Yuan pro Jahr zuzüglich 200 kg Getreide läge. Das wären 14% weniger als die 70 Millionen, die vor 1981 unter der Armutsgrenze gelegen hätten.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung in 14 unterentwickelten Gebieten zeige, daß 15% der Armenländer mit staatlicher Hilfe die Armutsgrenze überschritten hatten. (AWSJ, 20.8.86) -lou-

*(29)

Preisanstieg gebremst

Nach Angaben des Zentralen Statistischesamt ist offenbar der Preisanstieg nach einem Jahr der Fluktuation gebremst worden. Die Preise der wichtigsten Konsumgüter in der ersten Hälfte des Jahres 1986 blieben etwa auf dem gleichen Niveau wie im Dezember 1985. Ein Vergleich zwischen 1986 und 1985 auf einer monatlichen Basis zeigt, daß der Anstieg der Einzelhandelspreise von 8% im Januar 1986 auf 3% im Juni

1986 zurückging. Der allgemeine Einzelhandelspreisindex für die ersten sechs Monate des Jahres 1986 war 5,5% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die Zuwachsrate des Einzelhandelspreisindex auf 6% bezogen werden kann.

Das unvermeidliche Ergebnis der Preisreform bestehe darin, daß die erhöhten Preise einen Anstieg des Angebots zur Folge gehabt hätten, was wiederum die Preise nach unten gedrückt habe, so der Direktor des Zentralen Preisamtes.

Die Volksrepublik hatte die Preisreform im Jahre 1985 begonnen. Das alte Preissystem habe nicht das Wertgesetz beachtet.

Unmittelbar nach der Reform schossen die Preise einiger Güter dramatisch in die Höhe, insbesondere die Preise von Fleisch, Eiern, Geflügel und Gemüse. Die Regierung stellte monatliche Subventionen zur Verfügung, um den Konsumenten einen Ausgleich für die höheren Preise zu bieten. Bald danach wurden die Klagen der Menschen leiser, da sie feststellten, daß sich ihr Lebensstandard verbesserte, obgleich die Güter teurer wurden. Dies beweise, daß der Lebensstandard des Volkes nicht von der Stabilität der Preise abhängt, sondern von der Quantität der produzierten Güter.

An vielen Orten sind nun die Preise von Fleisch, Eiern, Geflügel und Gemüse stabil, in einigen Fällen sinken sie sogar. Die Preissteigerungsrate für die meisten Grundnahrungsmittel und einige Zusatznahrungsmittel ist gesunken. In der Zwischenzeit gehen die Preise für Kleidung, für Güter aus dem Bereich des Erziehungswesens und dem Freizeitbereich, für medizinische Behandlung sowie Medikamente ständig nach oben, obgleich es eine sinkende Tendenz für die Zunahme der Preissteigerungen gäbe. Dies sei insbesondere offensichtlich in größeren Städten.

Wirtschaftswissenschaftler führten dieses ermutigende Phänomen auf - u.a. - die Bemühungen lokaler Regierungen zurück, strikte Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrolle der Marktpreise durchzuführen. Sie sagten voraus, daß die Steigerungsrate für die Einzelhandelspreise in der zweiten Hälfte 1986 nicht höher sein werde. Die Preise für Rohmaterialien im Bereich einiger leichtindustrieller Branchen stiegen an, was unweigerlich wiederum zu einem Anstieg der Einzelhandelspreise vieler Güter des täglichen Bedarfs führen werde, darunter Zeitungen und Zeitschriften. (XNA, 11.8.86) -lou-

*(30)

Diskussion über neue Konkursordnung

Im Gefolge des ersten Konkurses in der Volksrepublik China (vgl. C.a., Juli 1986, Ü 30) hat sich eine lebhaft Diskussions über das Problem ergeben.

Nach einem Bericht der Volkszeitung soll das Anlagevermögen der Fabrik für explosions sichere Ausrüstungen von Shenyang als Einheit versteigert werden. Nach Angaben der Zeitung beträgt der Wert des Anlagevermögens dieses Unternehmens 302.000 Yuan. Das Unternehmen war am 3. August 1986 für bankrott erklärt worden, nachdem es einer Auflage der Regierung, seine Schulden in Höhe von 503.000 Yuan innerhalb eines Jahres zurückzahlen, nicht nachkommen konnte.

Der Auktionserlös wird unter die 219 Gläubiger des Unternehmens aufgeteilt werden. Dies teilte ein Funktioniär des Verwaltungsamtes für Industrie und Handel des Stadt Shenyang mit, der hinzufügte, auch die Geschäftslizenz des Unternehmens sei eingezogen worden.

Die Angestellten des Unternehmens wie auch der Fabrikdirektor werden arbeitslos; nur ein paar behinderten Arbeitern werden Arbeitsplätze von den städtischen Behörden zugewiesen. Diejenigen, die das entsprechende Alter erreicht haben, werden in Pension gehen. Die anderen werden eine Ausbildung in Technik- und Managementwissen erhalten, bevor ihnen von der Arbeitsdienstleistungsgesellschaft neue Arbeit angeboten wird. Während der ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter 75% ihrer ursprünglichen Löhne erhalten. Danach erhalten sie monatlich 30 Yuan aus einem Hilfsfonds, falls sie dann noch beschäftigungslos sind. Diejenigen, die eine Familie zu unterhalten haben, erhalten mehr, doch nicht mehr als ihren ursprünglichen Lohn.

Bislang wurde in den Städten Shenyang, Chongqing und Wuhan mit der neuen vorläufigen Konkursordnung experimentiert. Ein staatseigenes Unternehmen in Wuhan, die Radiofabrik Nr. 3 Wuhan, die vor einem Jahr eine Konkursverwarnung erhalten hatte, macht wieder Gewinne. Seit 1982 hatte dieses Unternehmen Verluste in Höhe von 2,57 Mio. Yuan eingefahren. Gegen Ende 1984 betrugen die Schulden mehr als 4,7 Mio. Yuan - das waren mehr als das Anlagevermögen und das Umlaufkapital. Die Stadtregierung von Wuhan hatte im Juni 1985 dem Unternehmen eine Warnung ausgesprochen. Falls das Unternehmen, das 1.300 Arbeiter beschäftigt, nicht innerhalb von 18 Monaten reagiert hätte, wäre es in

Konkurs gegangen.

Die Warnung hatte große Auswirkungen sowohl auf die Betriebsleitung als auch auf die Arbeiter der Fabrik. Ihnen wurde bewußt, daß das Schicksal ihres Unternehmens unmittelbar mit ihren eigenen Interessen verbunden sei. Die Arbeiter und Angestellten stellten Ersparnisse in Höhe von 100.000 Yuan zur Verfügung, um neue Ausrüstungen zu kaufen. Die Leitung des Unternehmens wurde verbessert, das Verantwortlichkeitssystem wurde eingeführt. Die Leitung des Unternehmens entschied sich dafür, die versuchsweise Produktion von Kassettenrekordern einzustellen; statt dessen konzentrierte man sich auf elektronische Produkte. Es wurde eine Anzahl neuer Produkte entwickelt, die guten Absatz gefunden haben. Des weiteren wurden wirtschaftliche Verbindungen mit Unternehmen und Forschungsinstituten in Guangzhou, Xi'an und Hongkong angeknüpft. Auch die Stadtregierung von Wuhan gab dem Unternehmen Unterstützung, indem sie Kredite zur Verfügung stellte. Seit Juni 1986 machte das Unternehmen wieder Gewinne.

Nach Aussagen des Sprechers der Stadtregierung von Wuhan wurden zwei weiteren staatseigenen Unternehmen in Wuhan Konkurswarnungen zugestellt. Die zugestandene "Erholungszeit" für diese Unternehmen beträgt ein Jahr. Ein Unternehmen ist die Fabrik für Meßinstrumente und Schneidwerkzeuge mit 610 Arbeitern; sie wurde vor 17 Jahren gegründet, seit 11 Jahren machte sie Verluste. In der ersten Hälfte des Jahres 1986 betrug die Verluste 310.000 Yuan, so daß die Gesamtverluste sich auf 3,72 Mio. Yuan beliefen. Die Schulden betragen damit 72% des gesamten Anlagevermögens. Das zweite Unternehmen ist die Versuchsfabrik für Tucho mit 890 Arbeitern, 255.000 Yuan Schulden in der ersten Hälfte 1986, Gesamtschulden in Höhe von 3,37 Mio. Yuan, was 65,9% des gesamten Anlagevermögens ausmacht.

In der chinesischen Presse fand inzwischen eine Kampagne statt, die das Ziel hat, konservative Funktionen, die offensichtlich der Neuerung Widerstände entgegenbringen, von der Notwendigkeit der Konkursordnung zu überzeugen.

Am 27. August 1986 wurde ein revidierter Entwurf des Konkursgesetzes an die 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses in Beijing übermittelt. Der Gesetzgebungsausschuß des Nationalen Volkskongresses schlug vor, daß das neue Gesetz den Namen "Konkursgesetz für staatseigene Unternehmen" erhalte. Eine weitere wichtige Änderung im Vergleich zu

der ursprünglichen Fassung betrifft die Definition eines Unternehmens, das in Konkurs geht. Ursprünglich hieß es, daß ein Unternehmen, dessen Schulden 60% des Anlagevermögens überstiegen, bankrott erklärt werden könne. Der Konkurs wird nun als die Unfähigkeit definiert, Schulden rechtzeitig zurückzuzahlen für den Fall, daß die Schulden wegen schlechter Betriebsleitung entstanden seien.

Eine weitere Änderung bestimmt jene Bedingungen, unter denen ein Konkurs ausgeschlossen werden kann: wenn die Regierung die Schulden des Unternehmens übernimmt, wenn jemand garantiert, die Schulden innerhalb von sechs Monaten zurückzuzahlen, oder wenn Regierungsstellen aufgrund von Beratungen mit den Gläubigern zustimmen, das in Frage stehende Unternehmen mit einem anderen Unternehmen bzw. mit anderen Unternehmen zu verschmelzen. Eine weitere Änderung sieht vor, daß der Konkurs nur für staatliche Unternehmen gilt; Kollektivbetriebe und private Unternehmen sowie Joint Ventures werden nicht von dem neuen Gesetzentwurf erfaßt. (AWSJ, 29.8.86; RMRB, 30.8.86; XNA, 3.8.86, zit. nach SWB, 7.8.86; XNA, 10.8.86, zit. nach SWB, 12.8.86; XNA, 13.8.86, zit. nach SWB, 16.8.86; XNA, 30.8.86, zit. nach SWB, 2.9.86; XNA, 28.8.86) -lou-

*(31)

Chinas Offshore-Öl- und Gasreserven: Gedämpfte Erwartungen

Die ursprüngliche Euphorie über große Funde in den Offshore-Gebieten der Volksrepublik China sind verfliegen. Bei einigen großen internationalen Unternehmen hatte sich Enttäuschung breitgemacht. Seit der zweiten Ausschreibungsrunde für die Offshore-Gebiete im August 1985 sind nur sieben Verträge unterzeichnet worden. In der ersten Ausschreibungsrunde im Jahre 1982 wurden 19 Verträge unterzeichnet.

Von den über 40 Probebohrungen im Südchinesischen Meer haben neun Öl- bzw. Gasfunde gebracht. Im Gelben Meer stießen fünf Bohrungen auf Öl oder Gas. Was hingegen die kommerzielle Förderung zum gegenwärtigen Preisniveau betrifft, so könnte keine der Bohrungen als erfolgversprechend bezeichnet werden.

Nach einem Bericht der Financial Times ist es zweifelhaft, ob der Ölfund der Firma Arco in Yacheng sich zu einer kommerziell verwertbaren Quelle entwickelt. Nach einigen Quellen würde das Projekt in der Hoffnung weitergetrieben, daß künftige Funde einen Erfolg brächten.

Das bislang gefundene Öl ist extrem wachshaltig, so daß die Produktion schwierig wird. Der geringe Gasgehalt des Öls erschwert die Situation noch. Auch der Ölfund von Huizhou der ACT-Gruppe (Agip, Chevron und Texaco), der Reserven von 80 Mio. Barrel enthalten soll, ist zu gegenwärtigen Preisen nicht gewinnbringend.

Die Volksrepublik hat Maßnahmen ergriffen, um die Bedingungen für die ausländischen Unternehmen zu verbessern. Die Abgabe in Höhe von 12,5% auf Produktionsmengen weniger als 20.000 Barrel pro Tag sind gestrichen worden. Es wird weiter darüber nachgedacht, die Anteile des chinesischen Staates bei den Funden zu reduzieren, um die Wirtschaftlichkeit für kleine und mittlere Öl- bzw. Gasfelder zu erhöhen.

Die Volksrepublik hat zehn Provinzen südlich des Yangzi sowie die Autonome Region Xinjiang für die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen hinsichtlich der Exploration geöffnet. Nach Angaben des Erdölministeriums beträgt das insgesamt geöffnete Gebiet 1,8 Mio. qkm.

Kommen aber nun die ausländischen Firmen in Scharen, um die Explorationsarbeiten auf dem chinesischen Festland aufzunehmen? Die Antwort darauf ist zunächst pessimistisch. Die Arbeiten in diesem Bereich müßten vom Nullpunkt aus begonnen werden. Die gewaltigen Anfangsinvestitionen könnten nur von großen Unternehmen geleistet werden. Doch auch sie sind sehr zögerlich angesichts der gegenwärtigen Marktbedingungen.

Vertreter einiger ausländischer Unternehmen sind ungehalten über die Schwierigkeiten, die sich für sie hinsichtlich der Sammlung von Informationen ergeben. Die Klagen gehen dahin, daß die nationale Ölgesellschaft der Volksrepublik bestimmten Unternehmen ausgewählte Informationen vorenthalte; des weiteren würden die Ministerien für Erdöl und Geologie miteinander konkurrieren.

Die Produktion auf dem chinesischen Festland ist gegenwärtig in den Händen von autonomen Ölgesellschaften der Provinzen. Diese Gesellschaften hätten verständlicherweise kein Interesse daran, ihre Autonomie zu verlieren, entweder an ein zentrales Ministerium oder an ausländische Unternehmen. (FT, 4.8.1986) -lou-

*(32)

Fengyang: Chinas Musterkreis für die landwirtschaftliche Reform

Der Kreis Fengyang in der Provinz Anhui dient als Muster für Chinas

landwirtschaftliche Reformen. Die Einführung des Verantwortlichkeitssystems hat dort zu einer Beschleunigung der Mechanisierung geführt. Fengyang war einer der ärmsten Kreise in der Volksrepublik und übernahm Pionierfunktion bei der Einführung des neuen Systems.

Heute verkehren Traktoren und Lastwagen, die meisten im Eigentum von Privatpersonen, zwischen der Kreisstadt, die 100 km nordöstlich von der Provinzhauptstadt Hefei liegt, und den umliegenden Dörfern. Sie transportieren Getreide, Kalkstein, Kunstdünger und Ziegelsteine.

Wie Wang Chengfa, der Direktor des Farmmaschinenbüros des Kreises, mitteilte, hatten einige Leute vor sieben Jahren die Befürchtung geäußert, daß die Einführung des neuen Systems die Farmmechanisierung verzögern würde. Das Gegenteil war aber der Fall, fügte Wang hinzu, weil die Bauern nun von der Regierung ermutigt würden, landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen.

Die gesamte Kapazität der landwirtschaftlichen Maschinen betrug insgesamt 284 Mio. PS gegen Ende des Jahres 1985, das war ein jährlicher durchschnittlicher Anstieg von 7,2% während der Periode 1981 bis 1985.

Nach Wang betrug der Anstieg der Leistungskraft der landwirtschaftlichen Maschinen in Fengyang, das 570.000 Einwohner hat, zwischen 1979 und 1985 so viel wie der gesamte Anstieg in den vorhergehenden 30 Jahren. Mit anderen Worten beträgt die Kapazität der landwirtschaftlichen Maschinen des Kreises im Jahre 1985 fast das Doppelte der Kapazität des Jahres 1978.

Die Zahl der Lastwagen für die Nutzung in der Landwirtschaft stieg von 48 im Jahre 1978 auf 184 Ende 1985, die Zahl der kleinen Traktoren stieg von 1.217 auf 5.694; die Zahl der Dreschmaschinen stieg von 0 auf 107.

Da die landwirtschaftliche Nutzfläche aus kleinen und unebenen Parzellen bestünde, konzentrierte sich die Mechanisierung auf kleine landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, umfassende Nutzung und Verbesserung der Ausnutzungsrate, so fügte Wang hinzu. Die in den letzten sieben Jahren angeschafften Maschinen wurden von den Bauern mit ihrem eigenen Geld oder mittels Bankkrediten gekauft.

Wang erklärte weiter, daß der wichtigste Grund für das schnelle Wachstum der landwirtschaftlichen Mechanisierung darin zu sehen sei, daß die Reform die Bauern in die

Lage versetzt habe, wohlhabend zu werden, so daß sie sich Maschinen kaufen könnten. Als Beispiel wurde ein entlassener Soldat genannt, dessen neunköpfige Familie vor der Reform nicht zurechtkommen konnte. Dieser Mann kaufte einen gebrauchten Handtraktor von der Kollektivorganisation im Jahre 1979. Der Handtraktor wurde sowohl für das Pflügen als auch für Transportzwecke eingesetzt. Mit dem auch auf diese Weise verdienten Geld wurden weitere landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 30.000 angeschafft, darunter ein Lastwagen und ein neuer Traktor. Dieser Bauernhaushalt zahlte 10.000 Yuan an Steuern an die Regierung und verdiente 1985 10.000 Yuan. Der Haushalt baute ein Haus mit sechs Zimmern.

Wie der Direktor des Verwaltungsamtes für landwirtschaftliche Maschinen der Provinz Anhui mitteilte, würden nun überall in der Provinz landwirtschaftliche Maschinen gekauft. Von 1979 bis 1985 verdreifachte sich die Zahl der kleinen Traktoren in der Provinz auf 250.000 Stück, 96% davon befanden sich im Eigentum einzelner Bauern. Die Zahl der Traktoren für die landwirtschaftliche Nutzung stieg im Jahre 1985 auf 140.000, im Jahre 1978 waren es nur 1.000. (XNA, 19.8.86) -lou-

*(33)

"Solarenergiestadt" im Bau

In den Außenbezirken von Lanzhou, der Hauptstadt der Provinz Gansu, ist eine moderne Solarenergie-Experimentierbasis im Bau. Das als "Solarenergiestadt" bekannte Projekt wird mit modernen Facilitäten ausgerüstet werden, um Vergleichstests mit unterschiedlichen Solarhäusern und Simulationstests durchführen zu können. Dies teilte das Institut für natürliche Energiequellen, das der Provinz-akademie der Wissenschaften von Gansu untersteht, mit. Im Projekt werden ebenso Solarheizanlagen und der Hitzekoeffizient von Solarenergieöfen getestet werden.

Wie ein Solarenergiespezialist von der Universität der Inneren Mongolei mitteilte, verlangen die dortigen Bräute von ihren künftigen Ehemännern nun ein neues Hochzeitsgeschenk - Solarzellen. Wie der Energiespezialist Zhang Cunsheng mitteilte, lebten gegenwärtig in der Inneren Mongolei 160.000 Farm- und Hirtenhaushalte in Gegenden, in denen es keine Elektrizität gebe. Das einzige Licht dort komme von Kerosinlampen.

In den letzten Jahren sei die Monotonie dort aber durch etwas aufgelockert worden, was die Hirten als "Glasplatten" bezeichnen, nämlich

Solarzellen. Die Glasplatten sind Halbleiter, die Solarenergie direkt in elektrische Energie umwandeln können. Solarzellen haben ein langes Leben, sind bequem zu nutzen sowie verschmutzungs- und geräuschfrei.

Nach Zhang beginne die Volksrepublik erst damit, Solarzellen zu nutzen. Die Provinz Qinghai sowie das Autonome Gebiet Innere Mongolei hätten in dieser Hinsicht die Führung übernommen. Auch Tibet, Xinjiang und andere entfernte und unzugängliche Bergregionen wären dabei, Solarzellen anzuwenden. Diese Gebiete benötigen nicht nur Solarzellen sehr dringend, sie haben reichliche Solarenergieresourcen.

In der Inneren Mongolei gibt es mehr als 300 Schönwettertage pro Jahr. Während 3.400 Stunden im Jahr scheint die Sonne. Die Benutzung von Solarzellen ermögliche es den Hirten, fernzusehen. Solarzellen speisen auch elektrische Weidezäune, so daß der Verwüstung Einhalt geboten werde. (XNA, 8.8.1986, 22.8.1986) -lou-

TAIWAN

*

*

*(34)

Handel mit der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1986 um 38% gestiegen

Nach Angaben des Direktors der taiwanesischen Handelsrepräsentation "Far East Trade Service Center" in Frankfurt, W.C. Wong, verzeichnete der bilaterale Handel Taiwans mit der Bundesrepublik Deutschland in den ersten sechs Monaten d.J. im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 1,1 Mrd. US\$ einen Zuwachs von 38%. Im letzten Jahr betrug der Warenaustausch zwischen beiden Ländern insgesamt 1,7 Mrd. US\$. Angesichts der schnellen Steigerung in den ersten sechs Monaten erwartet Wong einen Durchbruch der Grenze von 2 Mrd. US\$ im bilateralen Handel für das ganze Jahr 1986. In die Bundesrepublik werden hauptsächlich elektrotechnische Haushaltsgeräte, Kleincomputer, Schirme und Textilien exportiert, aus der Bundesrepublik führt Taiwan u.a. Maschinen, Fabrikanlagen, Medikamente und Chemikalien ein (FCJ, 1.9.86).

Das deutsche Versandhaus Otto bezog im ersten Halbjahr d.J. Waren im Wert von 26 Mio. US\$ aus Taiwan. In Anerkennung des Einkaufsaufengagements hat der Wirtschaftsminister in Taipei, Li Dahai (Lee Tai-hai), den Firmenleiter Dr. Michael Otto mit einer Medaille ausgezeichnet. (Central News